

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postsekonda
Dresden 1590.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 141.

Sonnabend, 18. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, Zahlungen- und Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Amerika will nicht mit verhandeln.

Gefahr in Lausanne.

Jedes Land versteht die „Endlösung“ anders.
Von Friedrich Uhlmann.

Die Erklärung der fünf Gläubigermächte in Lausanne hat nicht nur in den Vorhallen des Schlosses von Duchy wie eine Bombe eingeschlagen. Sie ist auch in Deutschland mit größter Ueberraschung aufgenommen worden. Man erwartete keine so schnelle „Ärärung“ der Lage. Man erwartete vor allem nicht, daß schon 48 Stunden nach Beginn der Besprechungen die unbedingte Vertagung der Konferenz als der europäischen Weisheit vorläufiger Schluss mitgeteilt würde. Es ist symptomatisch, daß die erste Zeitungsmeldung in Deutschland die Gläubigererklärung als „endgültigen Verzicht auf alle Reparationszahlungen“ proklamierte. Davon kann ganz und gar nicht die Rede sein. Im Gegenteil ist die Sorge berechtigt, ob durch die übereifrig und atemlos hinausgeschriebe Formel der Staatsmänner nicht die tiefen Gegensätze verdeckt wurden, die besonders zwischen der deutschen und französischen Auffassung noch bestehen. Wir sehen die Gefahr einer Vernebelung und wir verheihen in diesem Zusammenhang nicht recht, daß der Reichskanzler den Entschluß der Mächte als „Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, zu einer Lösung zu kommen“, begrüßt.

Daß Deutschland nicht mehr zahlen kann und jetzt nach dem 1. Juli auch nicht mehr zu zahlen braucht, ist eine internationale Binsenwahrheit, die durch das Rein des früheren Reichskanzlers als ein *conditio sine qua non* hingenommen worden ist. Die ganze Welt kennt unseren Reichshaushalt, sie kennt unsere Devisenlage. Wo nichts ist, hat auch der Teufel sein Recht verloren. Was wir wünschen, und nicht nur wünschen, sondern fordern, war die Endlösung. Sind wir nach 48 Stunden Lausanne auf dem Wege dazu?

Reichskanzler von Papen hat in seiner nicht öffentlichen Rede darauf verzichtet, völkerrechtliche Gesichtspunkte für die Ablehnung weiterer Tributzahlungen anzuführen. Er hat in diesem Zusammenhang von der Kriegsschuldfrage nicht gesprochen. Seine Argumentation beschränkte sich auf die weltwirtschaftliche Seite der Zahlungen. Er wies nach, daß die Reparationsleistungen sich im Gesamtgefüge der Weltwirtschaft nicht nur als unmöglich, sondern als schädlich erwiesen haben. Jedes neue Experiment mit den Reparationen muß immer wieder zu dem gleichen Mißerfolg führen, weil es auch wirtschaftlich nicht vernünftig, sondern vernunftwidrig ist, den natürlichen Handels- und Geldverkehr der Staaten durch einseitige Leistungen ohne Gegenleistungen von innen her aufzuprengen.

Soweit kamen die deutschen Forderungen zu ihrem Recht. Aber schon die Rede Herriots und ebenso die Rede Neville Chamberlains bewiesen, daß unsere Gläubiger-mächte für die Konsequenzen einer derartigen Argumentation noch immer nicht das leiseste Verständnis haben. Sie glauben an die künstliche Prosperität Deutschlands. Sie sind hypnotisiert von dem Wille der ewig weisbaren Kuh. Und ihre fromme Denkart geht nur darauf hinaus, wie man die Milch dieser Kuh möglichst früh und möglichst ungefährdet wieder in die eigenen Kannen füllen kann. Groß gesprochen: Frankreich denkt nicht an Verzicht. Es fordert auch für die „Endlösung“ Leistungen. Und diese Leistungen sind nicht so, daß man als Deutscher darüber auch nur die geringste Freude empfinden könnte. Wieder tauchte in der Rede Herriots der Hinweis auf die „geringe Belastung“ der deutschen Reichsbahn auf. Wieder wurden politische Forderungen angedeutet, die hinter dem Wörtchen „allgemeines Friedensbekenntnis“ ein Anerkennung der deutschen Ohngrenzen und einen Verzicht auf jede aktive politische Betätigung Deutschlands verdecken. Mit derartigen Bedingungen weiß man nicht in die Zukunft. Man bleibt im Unterstand der Vergangenheit sitzen und laßt im Schutze von Stahlhelm und Maschinengewehren in ein Land hindrücken, das einem bis zum Ende der Tage gefährlich erscheint und das man niederhalten will.

Nur allzulehr spiegeln sich diese Hintergedanken in den Formeln der Gläubigererklärungen wider. Die Formeln sind auch sonst ziemlich billig. Was geschieht, wenn die deutsche Endlösung grundfänglich von der französischen abweicht? Wer bestimmt dann „das Ende“ der Konferenz von Lausanne, das sicherlich nicht unbeschränkt hinausgedehnt werden kann? Was bedeutet der Hinweis auf den Zinsendienst der auf dem Markt befindlichen deutschen Anleihen? Glaubt man, daß die deutsche Regierung auch eine Verantwortung für die Rückzahlung von Privatleihen (siehe Duisburg) übernehmen kann? Liegt dem Worte des Reichskanzlers von der „Notwendigkeit einer Neuordnung der Schuldverhältnisse“ ein festes Versprechen auf der Gegenseite zugrunde? Alles Fragen ohne Antwort. Fragen, die nicht Optimismus, sondern einen tiefen Pessimismus wecken müssen, und die um so notwendiger sind, weil die Vertagung der Konferenz bis zum Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen — denn darum handelt es sich! — so überraschend schnell, ja allzu schnell erfolgte.

Es ist bitter, daß man diese Befürchtungen bei der ersten Konferenz einer Regierung aussprechen muß, die im Innern eine nationale Konzentration und eine ehrliche Verteidigung des deutschen Lebenswillens anstrebt. Zu wenig weiß das Ausland immer noch, welche Entschlüsse über uns durch

Reichskanzler von Papen vor der internationalen Presse

Vertagung der Lausanner Konferenz auf Dienstag.

Erklärungen des Reichskanzlers

Lausanne, 18. Juni.

Die internationale Presse in Lausanne wurde gestern abend von der deutschen Delegation empfangen. Reichskanzler von Papen führte aus, daß der erste Tag insbesondere zur Herstellung eines engen persönlichen Kontaktes mit Herriot und MacDonald gedient habe. Er habe eine plastische Schilderung der deutschen Lage gegeben, weil intime Kenntnis der Verhältnisse zur Urteilsbildung nötig sei und er habe Bonalität und gegenseitiges Verständnis gefunden. Mit besonderer Freude habe er aus der Rede MacDonalds entnommen, daß bei ihm der feste Wille bestehe, die Konferenz zum Erfolg zu führen. Er habe seinerseits großes Gewicht darauf gelegt, nicht juristische Probleme aufzuwerfen, sondern ein klares Bild der Lage zu geben, die nicht andauern könne. Ferner habe er auseinandergesetzt, weshalb und warum die neue Regierung in Deutschland habe gebildet werden müssen: zur Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte, um das arme und gequälte deutsche Volk über die Krise hinwegzuführen. Er sei überzeugt, daß dies nur dann gelinge, wenn in Lausanne ein Erfolg erzielt werde. Nach den Reden Herriots und MacDonalds sei er der Ansicht, daß der beste Wille auf allen Seiten bestehe.

Herriot ist befriedigt

Herriot, der etwas später die internationale Presse zu sich gebeten hatte, erklärte, daß der erste Teil der Konferenz sehr gut verlaufen sei. Er sahre zwei Tage sehr befriedigt nach Paris, denn das Ergebnis der bisherigen Arbeit sei durchaus beachtlich. Die Methode sei gut, und die Arbeit gut vorbereitet. Deshalb und wegen des offenkundigen guten Willens aller lasse die Lage Hoffnungen zu. Man sei mit großer Weisheit und großer Vorsicht in der Diskussion aufgetreten und habe eine glückliche Lösung für beide Teile des Problems gefunden, z. B. für die logische Verlängerung des Moratoriums für die Konferenzdauer.

Beide Regierungschefs ließen ihre wirksamen Ausführungen in einem Appell an die Presse gipfeln: Der Reichskanzler, indem er unter Bezugnahme auf ein Wort MacDonalds bat, sie „möge die Festung stürmen helfen“, Herriot mit der Bitte: „Stellen Sie das Vertrauen zwischen den Völkern wieder her!“

Amerika beobachtet

Washington, 18. Juni.

Das Staatsdepartement verfolgt die Berichte über die Lausanner Verhandlungen mit großen Interessen und hat durch den dortigen persönlichen Ton und die offensibaren

die vielen Notverordnungen und besonders durch die Notverordnungen der letzten Tage verhängt worden sind. Deutschland liegt blutend am Boden. Seine Jugend, seine arbeitskräftigen Männer und Frauen verzweifeln ohne Beschäftigung. Deutschland steht einen Ausweg, steht einen Weg in die Zukunft. Aber dieser Weg verlangt Vernunft und Mut, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Sieht man noch immer nicht, daß jede Umfassung der Endlösung, jedes Feilschens angeht eines wirklichen Friedens die Welt nicht vorwärts bringt, sondern von neuem in einen Abgrund stürzt.

Die amtlichen Stellen sind allerdings bemüht, die Haltung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers aus der Lausanner Atmosphäre heraus zu erklären. Sie bezeichnen die Erklärung der Gläubigermächte als „Dokument für die Endlösung“ und betonen, daß die Tendenz der Gläubigererklärung zweifellos für Deutschland nicht ungünstig sei. Der freundschaftliche Verhandlungston in DUCH schaffe wenigstens „die Grundlagen für eine sachliche Erledigung“. Im übrigen werde der Reichskanzler nicht verhehlen, jeder Mißdeutung der deutschen Auffassung im Sinne eines „Zugeständnisses“ entgegenzutreten. Man hält nach wie vor daran fest, daß Deutschland auch weiterhin als letzte Waffe die Erklärung eines Auslandsmoratoriums besäße. Zwar wünsche man ein derartiges Moratorium nicht. Aber ob ohne ein solches auskommen ist, hänge ganz von den Maßnahmen der Gläubigermächte ab, die bei den kommenden Verhandlungen Gelegenheit hätten, ihren ehrlichen Willen für eine Befriedigung der Welt zu beweisen.

Verneigungen, zu einer vernünftigen Einigung zu gelangen, offensichtlich sehr günstigen Eindruck empfangen. Man beobachtete besonders die rein sachliche Art der Verhandlungen zwischen den Führern der deutschen und alliierten Delegationen, und man stimmt hier den Ausführungen Herriots bei, daß die Reparationen nur ein Bruchteil des großen Problems sind.

Lausanner Vollziehung am Dienstag

Lausanne. In der geheimen Nachmittagsitzung der Konferenz am heutigen Freitag gaben die Vertreter von Belgien, Japan, Rumänien, Südbanien und Australien Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Reparationsfrage ab, die im allgemeinen die bekannten Auffassungen der einzelnen Länder wiedergeben. Ohne weitere Aussprache wurden sodann die Verhandlungen auf Dienstag vertagt. Die sechs einladenden Großmächte treten am Montag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Die Zeit bis zu der nächsten Vollziehung am Dienstag soll ausschließlich den privaten Verhandlungen zwischen den Ministern gewidmet sein. Der Reichskanzler von Papen und der französische Ministerpräsident Herriot empfingen getrennt die Weltpresse.

Belgien nur für Anpassung der Reparationszahlungen an die Wirtschaftslage.

Lausanne. Der belgische Ministerpräsident Renkin erklärte in der Vollziehung der Reparationskonferenz am Freitag, die belgische Regierung könne einer glaten Streichung der Reparationen nicht zustimmen, da Belgien hiervon am härtesten von allen Ländern betroffen sein würde. Belgien würde sich jedoch einer Anpassung der Reparationsregelung an die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht widersetzen. Belgien benötige die Reparationszahlungen für sein finanzielles Gleichgewicht.

Der japanische Posthalter Yoshida erklärte, seine Regierung werde jede Lösung der Reparationsfrage annehmen, die zu einer Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise führen könnte.

Kein Telegramm Hoovers an die Lausanner Konferenz.

New York. (Funkpruch.) Herald Tribune meldet aus Washington, das Staatsdepartement stelle die Berliner Meldung eines Nachrichtenbüros, daß Hoover der Konferenz in Lausanne gelabelt habe, die Regierung der Vereinigten Staaten sei gewillt, auch ihrerseits unter gewissen Bedingungen mit den europäischen Schuldnermächten über Zahlungserleichterungen zu verhandeln, nachdrücklich in Abrede.

Hauptmann a. D. Röhm an die SA. und SS.

München. Der Chef des Stabes der SA., Röhm, erklärt einen Aufruf, in dem er u. a. mitteilt, daß er durch das Vertrauen Adolf Hitlers wieder als Chef des Stabes berufen und mit der Reorganisation der SA. und SS. Gliederungen beauftragt worden sei. In dem Aufruf heißt es dann weiter: „Die braune Front steht wieder. Voll Hoffnung und Vertrauen blicken Millionen der besten Deutschen auf Euch. Wahrt das Vermächtnis Eurer toten Kameraden. Euer Eifer, Eure Treue zum Führer und Eure Disziplin, seit Jahren bewährt, verbürgen den Sieg, und dieser Sieg wird Deutschlands Schicksal entscheiden. Die alten Stürme, Sturmbanner und Standarten marschieren.“

Auch der Reichsführer der SS., Himmler, gibt in einem Aufruf seine Wiederberufung bekannt und ruft den Deuten der Schutzstaffeln zu: „SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue“. Weiter erklärt der Chef des Kraftfahrwesens der SA. und stellvertretende Korpsführer, Günlein, einen Aufruf, worin das nationalsozialistische Kraftfahrkorps und die Motorstärme und Staffeln der SA. und SS. zu neuem Einsatz aufgefordert werden.

Endlich erklärt noch der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach einen Aufruf an die Hitler-Jugend, worin es heißt: „Das Verbot der Hitler-Jugend ist gefallen, weil es unmöglich war, den Geist dieser Jugend zu verbieten. Hitler-Jugend marschiert! Für den deutschen Sozialismus! Für Blut und Ehre der werdenden Nation!“